

PRESSEMITTEILUNG

Gruppe Grüne/SPD/Volt im Rat der Stadt Osnabrück - Rathaus, Bierstraße 28, 49074 Osnabrück
Tel.: 323-3130 oder -4448 - gruene@osnabrueck.de – spd-ratsfraktion@osnabrueck.de



SPD
FRAKTION IM RAT
DER STADT OSNABRÜCK



Nr. 1 – 02.11.2021

Grüne/SPD/Volt: „Dooring-Unfälle nachhaltig vermeiden!“

Radwege mit einer geringeren Breite als 2 Meter sollen in Osnabrück der Vergangenheit angehören. Die Mehrheitsgruppe begrüßt, dass sich dieser Position auch die CDU anschließen kann.

„Dieser Unfall zeigt einmal mehr, dass wir mit Hochdruck daran arbeiten müssen, die Radwege zu verbreitern, gegebenenfalls auch mit Übergangsmaßnahmen oder Verkehrsversuchen. Für die Pagenstecherstraße ist der Umbau bereits beschlossen. Wir warten auf die Umsetzung“, erklärt Michael Kopatz, Sprecher für Verkehr der Grünen. „Aus unserer Sicht ist es nicht hilfreich allein über Einzelfälle zu diskutieren. Es braucht für die Mobilitätswende in Osnabrück immer auch alternative Angebote, die den Umstieg vom Auto auf den Umweltverbund attraktiv machen. So schaffen wir Platz im Straßenraum, der es für Fußgängerinnen und Radfahrer sicher macht, die kurzen Wege in der Stadt umweltfreundlich zu begehen,“ so Heiko Panzer, Sprecher für Mobilität der SPD-Fraktion.

„Streckenabschnitte mit hohem Risiko für Fahrradunfälle durch aufgerissene PKW-Fahrtüren gibt es leider nicht nur an der Pagenstecher Straße. Sie sind über das gesamte Stadtgebiet verteilt und liegen vorrangig an den Haupteinfallstraßen, die in der Vergangenheit autooptimiert geplant wurden. Unsere knappen Verkehrsflächen müssen wir aber in Zukunft im Hinblick auf den Umweltverbund und die Erreichbarkeit, also auf ihre Funktion, verbessern“, erklärt Heiko Panzer das Vorgehen der Mehrheitsgruppe im Rat.

„Zum Umweltverbund gehört auch ein schneller, attraktiver ÖPNV, der an Kreuzungen und für die Busgeschwindigkeit relevanten Stellen im Straßenraum Vorrang bekommen muss. Ob durch Ampelschaltungen oder Spuren muss konzeptionell geklärt werden“, führen Kopatz und Panzer weiter aus.

„Um Dooring-Unfälle im gesamten Stadtgebiet einzudämmen, braucht es einen ganzheitlichen Ansatz. Dafür wollen wir die Verwaltung beauftragen, gemeinsam mit der Verkehrspolizei Unfallschwerpunkte und Risikobereiche zu identifizieren und, wo möglich, kurzfristige Entschärfungsmaßnahmen vorzuschlagen. An Haupteinfallstraßen kann so eine kurzfristige Maßnahme zum Beispiel das Sperren von Parkrandstreifen sein, da dies nachhaltig die Unfallgefahr ausschließt. Parallel müssen immer Konzepte auf den Tisch, die die Nutzung des Umweltverbundes auf exakt der Strecke sichtbar und spürbar attraktiver machen. Nur so gelingt Mobilitätspolitik, die auch beim Autofahrer auf Akzeptanz stößt“, sind sich die beiden einig.